

**Roma aus (Süd-) Osteuropa als
Betroffene von Frauenhandel:
Eine Untersuchung der Vulnerabilitätsfaktoren**

Romana Riegler

Matr.nr. 6365357

Studiengang: MA Internationale Kriminologie

Hamburg, Mai 2012

Inhalt

1. Einleitung.....	3
2. Menschenhandel von Ost- und Südosteuropa nach Deutschland und die besondere Betroffenheit von Roma.....	5
3. Zur Geschichte und aktuellen Situation von Roma in Europa	9
4. Vulnerabilitätsfaktoren für Menschenhandel	10
4.1 Armut und soziale Exklusion	12
Umwälzungen nach dem Ende der UdSSR.....	12
Intersektionalität – Roma-Frauen als wirtschaftlich doppelt negativ Betroffene.....	13
Verschuldung bei Wucherern.....	14
4.2 Fehlende Bildung und Analphabetismus	14
4.3 Von Gewalt und/oder Substanzmissbrauch geprägtes familiäres Umfeld	19
4.4 Staatliche Korruption und Diskriminierung durch Sicherheitsbehörden und das Justizsystem	22
5. Fazit.....	25
6. Literatur	28

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit entstand im Rahmen eines Praktikums in einer Hamburger Fachberatungsstelle, die Betroffene von Menschenhandel – insbesondere Frauen – unterstützt. Die KlientInnen stammen aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern, haben verschiedene soziale und kulturelle „Backgrounds“ und wurden in Deutschland auf unterschiedliche Weise ausgebeutet, meist jedoch in der Sexarbeit.

Dennoch lassen sich systematische, sich wandelnde Tendenzen oder „Trends“ ausmachen, was die Herkunft der Betroffenen, den *modus operandi* der TäterInnen oder andere Merkmale betrifft. Die Fachberatungsstellen stehen so vor der Aufgabe, ihr Angebot kontinuierlich an die sich verändernden Anforderungen anzupassen. Dies reicht von der Bandbreite der angebotenen Sprachen bis hin zu Dauer, Art und Intensität der Betreuungen.

Nach der zweiten EU-Osterweiterung 2007 war zu beobachten, dass die Zahl der betroffenen Frauen aus Rumänien und Bulgarien, die meist der Bevölkerungsgruppe der Roma¹ angehören, signifikant gestiegen ist. Es stellte sich heraus, dass diese Frauen oft Analphabetinnen sind, Schwierigkeiten haben, sich in der Stadt zurechtzufinden und vermeintlich Selbstverständliches wie z.B. die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu bewältigen, und mitunter auch gar keine "Opferwahrnehmung" (Helfferich et al. 2010, S. 148) entwickelt haben.

Man könnte sagen, dass Roma-Frauen oftmals andere, meist auch intensivere Betreuungsbedürfnisse haben als Frauen aus anderen Kontexten. Für die Fachberatungsstellen ist es angesichts der immer knapper werdenden finanziellen Mittel (und der daraus resultierenden Kürzung der psychosozialen Begleitung) eine Herausforderung, eine sowohl quantitativ als auch qualitativ adäquate Betreuung dieser Frauen sicherzustellen. Dies trotz allem zu bewerkstelligen ist aber ein umso wichtigeres Anliegen, als es sich hier um eine besonders verletzbare Gruppe handelt, die ohnehin bereits in vielerlei Hinsicht marginalisiert ist und selten Unterstützung bzw. eine Stimme erhält.

Was diese Arbeit leider nicht leisten kann, ist zu erschließen, wie auf die Bedürfnisse dieser Gruppe von Betroffenen im Kontext der Beratung konkret eingegangen werden kann oder soll. Die Bearbeitung dieser Fragestellung wäre aus Sicht der Fachberatungsstellen in der Tat wünschenswert, war im Rahmen meines Praktikums aber leider nicht umsetzbar. Direkte Kontakte zur Roma-Community, Verständnis kultureller Hintergründe und ausreichend Praxiserfahrung (in Bezug auf Fälle von Menschenhandel, von denen Roma betroffen sind) wären notwendig, um eine solche Problemstellung kompetent und seriös bearbeiten zu können.

Stattdessen wird auf den folgenden Seiten beleuchtet, welche strukturellen Ursachen *hinter* diesen Bedürfnissen stehen. Zunächst soll belegt werden, dass Roma-Frauen tatsächlich überproportional vom Phänomen Menschenhandel betroffen sind. Da keine offiziellen Zahlen dazu vorliegen, ist dies nicht vorbehaltlos vorauszusetzen, sondern anhand verschiedener Quellen zu untermauern. In einem zweiten Schritt wird der zentralen Fragestellung selbst nachgegangen, dem *Warum*. Ziel der Arbeit ist es somit, die Mechanismen aufzuspüren, die dazu

¹ „Roma“ bezeichnet hier im Sinne eines Überbegriffes Angehörige aller Teilgruppen, die sich als Roma, Sinti, Manouches, Ashkali usw. verstehen, wie es auch von Roma-Organisationen wie der *International Roma Union* (IRU), dem *Roma National Congress* (RNC) oder dem *European Roma Rights Centre* (ERRC) gehandhabt (vgl. ERRC 2011, S. 9) wird.

führen, dass Roma-Frauen so viel vulnerabler gegenüber Menschenhandel sind als andere Bevölkerungsgruppen.

Die wenige bis dato verfügbare Literatur zu diesem Thema diente mir dabei als Arbeitsgrundlage, insbesondere Publikationen des *European Roma Rights Centre* (ERRC), einer NGO, die die Interessen der Roma in Europa vertritt und Forschungs-, Aufklärungs- und politische Arbeit leistet².

Noch immer sind Roma die wahrscheinlich marginalisierteste Bevölkerungsgruppe Europas, und BeobachterInnen sprechen mit Sorge von einem sich in den letzten Jahren deutlich verschärfenden Antiziganismus. (Antiziganismus Watchblog, 2012) Dieser Rassismus gegen Roma wird sichtbar an degradierender Medienberichterstattung, offener Diskriminierung am Arbeits- und Wohnungsmarkt oder durch Polizei und Behörden, einem Anstieg von Gewaltakten und „hate crimes“ gegen Roma und nicht zuletzt an (nicht rechtskonformen) Massenabschiebungen, wie 2010 in Frankreich mit rund 8.000 Roma geschehen. Im Zuge dieser Abschiebung bezeichnete der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Lager der Roma unter anderem als Quelle von Drogenschmuggel, Ausbeutung von Kindern und Prostitution. (Süddeutsche Zeitung, 2010)

Allzu oft findet in der Öffentlichkeit eine solche diskursive Vermischung bzw. Verknüpfung der Themen Prostitution und Menschenhandel³, Migration und Menschenhandel und Roma und Menschenhandel statt, die zu verurteilen ist. Insbesondere die letzten beiden Verknüpfungen werden dazu genutzt, die Migration von Roma generell in ein schiefes Licht zu rücken, indem sie vorrangig unter dem Gesichtspunkt der „Kriminalität“ (etwa des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung oder der Nötigung zum Betteln) abgehandelt wird. In dieser Arbeit wird die Position vertreten, dass Migration ein Menschenrecht ist, und nicht zuerst als Sicherheitsproblem aufgefasst werden sollte.

² Das ERRC wurde 1996 gegründet und wird u.a. von der Europäischen Kommission und der UN gefördert.

³ Obwohl auch die Gastronomie in Deutschland zu jenen Geschäftszweigen gehört, in denen Betroffene von Menschenhandel typischerweise zu finden sind, wird dies – anders als bei der Prostitution – nicht zum Anlass genommen, um über die Zulässigkeit und Gefährlichkeit der Gastronomie als solche zu diskutieren. Der häufige Gebrauch des Begriffes "Zwangsprostitution" kann die Vorstellung einer grundsätzlichen inhaltlichen Nähe der beiden Termini evozieren – von "Zwangsgastronomie" hört man hingegen nicht. Eine mögliche inhaltliche Begründung wäre, dass viele Frauen die Prostitution für sich aus Prinzip komplett ausschließen und als grobe Verletzung ihrer physischen und psychischen Integrität verstehen, was bei anderen Tätigkeiten seltener der Fall ist. So kommt es vor, dass Frauen, die im Zuge ihrer Migration eine andere Tätigkeit anstreben (z.B. Arbeit als Haushaltshilfe oder Rezeptionistin) und den TäterInnen klar machen, dass Sexarbeit für sie keinesfalls eine Option darstellt, letztlich dennoch in der Prostitution ausgebeutet werden. (Helfferich et al. 2010, S. 70f.) Sie wurden somit im Vorfeld nicht nur über die schlechten Arbeitsbedingungen und die zurückgehaltene Entlohnung getäuscht, sondern auch über die Sparte des Gewerbes an sich, das für sie eben doch nicht "ein Job wie jeder andere" ist. Eine solche Konstellation ist bei der Beschäftigung in der Gastronomie oder Landwirtschaft unwahrscheinlicher, da bei den Betroffenen eher Zustimmung zum bzw. Wissen über das zukünftige Tätigkeitsfeld per se angenommen werden kann (nicht jedoch natürlich über die widrigen Arbeitsbedingungen). Dennoch ist festzuhalten, dass viele letztlich von Menschenhandel betroffene Frauen grundsätzlich damit einverstanden waren, in der Sexarbeit beschäftigt zu sein – aber selbstverständlich nicht mit ihrer späteren Ausbeutung. Die definitorische Grenze zwischen "sexueller Ausbeutung" und "Arbeitsausbeutung" stellt in solchen Fällen eine Grauzone dar.

Migration ist somit als legitime Strategie der betreffenden Akteure zu sehen, die nach der Verwirklichung bestimmter (Migrations-) Ziele streben. Auch soll selbstbestimmte Sexarbeit als legitime Form der Erwerbstätigkeit verstanden werden, die zudem den weitaus überwiegenden Teil aller Angebote im Sexgewerbe ausmacht.

Nicht nur die diskreditierende Auffassung (irregulärer) Migration als "Kriminalität", sondern auch pauschal-entmündigende Zuschreibungen eines passiven Opferstatus verstellen den Blick darauf, dass es sich bei den betreffenden Personen zuallererst um handelnde Subjekte (nicht Objekte) und RechteinhaberInnen handelt.

2. Menschenhandel von Ost- und Südosteuropa nach Deutschland und die besondere Betroffenheit von Roma

Die deutsche Polizei ermittelte im Jahr 2010 610 Opfer⁴ des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, von ihnen 96 % weiblich. Über die Hälfte stammte aus osteuropäischen Staaten. Deutschland war mit 20 % das häufigste Herkunftsland der gehandelten Personen, gefolgt von Rumänien und Bulgarien, aus denen 19,5 bzw. 18,9 % der Opfer stammten. (BKA 2010, S. 10).

In den letzten Jahren zeigten sich Verschiebungen hinsichtlich der Herkunftsländer der Betroffenen: der Anteil an deutschen, rumänischen und bulgarischen Opfern hat deutlich zugenommen. Während diese drei Nationalitäten in den Jahren 2003 und 2004 zusammen erst ein Drittel aller polizeilich Erfassten ausmachten, waren es 2008, 2009 und 2010 bereits rund zwei Drittel (siehe Abbildung 1).

⁴ In dieser Arbeit wird grundsätzlich der Begriff „Betroffene/r“ verwendet, außer dort, wo auf die polizeiliche Arbeit und Opferstatistiken des BKA verwiesen wird. Da das Wort „Opfer“ der offiziellen Terminologie der Ermittlungsbehörden und des Justizsystems entspricht, wird es auch in dieser Form übernommen, wo es um deren Tätigkeit und Aufzeichnungen geht.

Der Begriff "Opfer" wird hingegen von Organisationen, die mit von Gewalt Betroffenen arbeiten, häufig kritisch hinterfragt bzw. vermieden. Das "Netzwerk Betroffener von sexualisierter Gewalt" erläutert seinem Positionspapier: „Die Bezeichnung ‚Opfer‘ für Betroffene von sexualisierter Gewalt ist aus verschiedenen Gründen problematisch. Das liegt in erster Linie an dem vorherrschenden gesellschaftlichen Paradigma, wonach ‚Opfer‘ als Verlierer gelten. (...) Die Bezeichnung ‚Opfer‘ birgt also für die Betroffenen die Gefahr der Abwehrreaktion, der Ausgrenzung und der versagten Unterstützung. (...) Da die Bezeichnung ‚Opfer‘ mit Ohnmacht, Hilflosigkeit, Schwäche, etc. gleichgesetzt wird, birgt sie für Betroffene auch die Gefahr, auf diese Attribute dauerhaft festgelegt zu werden. (...) Nicht zuletzt liegt für Betroffene im ‚Opferstatus‘ auch die Gefahr, dass erneut andere Menschen über sie verfügen, Entscheidungen für sie treffen, ihre Persönlichkeitsrechte missachten, ihre Grenzen verletzen. Selbst scheinbare Hilfsangebote haben oftmals den Charakter von Entmündigung bzw. Nichternstnehmen der Betroffenen. Als ‚Opfer‘ werden Betroffene zu ‚Betreuungsfällen‘, zu Menschen, die ‚behandelt‘ werden müssen (...).“ (netzwerkB, 2011) Viele identifizieren sich dennoch selbst mit diesem Begriff: „Für Betroffene macht die (Selbst)Bezeichnung Opfer auch deutlich, dass sie UNSCHULDIG sind und dass ihnen SCHADEN zugefügt wurde. Er begründet ihren berechtigten Anspruch auf Gerechtigkeit, Sühne und Schadenswiedergutmachung.“ (ebd.)

Die Verwendung der beiden unterschiedlichen Begriffe in dieser Arbeit weist auch implizit auf die Differenz zwischen der Gesamtheit aller Betroffenen einerseits und den polizeilich erfassten Opfern andererseits hin, und macht so auf den Unterschied zwischen Hell- und Dunkelfeld aufmerksam.

Im Vergleich dazu wurden im Jahr 2010 41 Opfer des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung identifiziert, wovon drei Viertel männlich und viele in der Gastronomie tätig waren (BKA 2010, S. 14). Hier liegt die Dunkelziffer vermutlich noch um einiges höher⁵, dennoch kann festgehalten werden, dass Menschenhandel in Deutschland (zumindest den offiziellen Zahlen zufolge) in überwiegenderem Maße Frauen betrifft, insbesondere Frauen aus Deutschland und (Süd-) Osteuropa, und vor allem zum Zweck der sexuellen Ausbeutung.

Da, abseits von der Nationalität, die ethnische Zugehörigkeit durch die Behörden nicht erfasst wird, gibt es keinerlei Zahlen dazu, wie viele der in Deutschland vom Menschenhandel Betroffenen der Bevölkerungsgruppe der Roma angehören.

Polizeilich erfasste Opfer von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung mit deutscher, rumänischer und bulgarischer Staatsbürgerschaft (in Prozent)

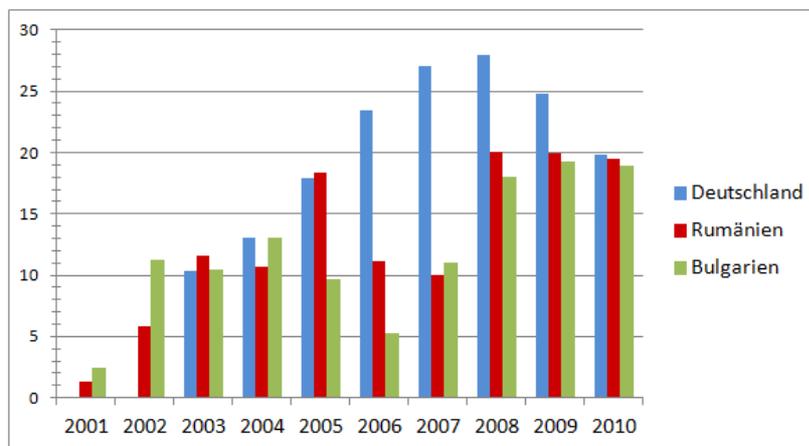


Abbildung 1: Der Anteil deutscher, rumänischer und bulgarischer Opfer ist seit 2001 merkbar angestiegen. Für 2001 und 2002 wurden Deutsche nicht separat ausgewiesen. Quelle: Bundeslagebilder Menschenhandel des BKA, 2002-2010

Fachberatungsstellen nehmen jedoch wahr, dass ihr Anteil in den letzten Jahren deutlich angestiegen ist und dass ein großer Teil der betroffenen Frauen, die aus Rumänien und Bulgarien stammen, tatsächlich Roma sind (persönliche Kommunikation mit einer Fachberatungsstelle, 2012).

Während oft auf Roma als TäterInnen bzw. auf die Involviertheit von Romafamilien in (organisierte) Kriminalität verwiesen wird, findet die besondere Vulnerabilität von Roma gegenüber dem Menschenhandel und ihre häufige Viktimisierung weniger oft Erwähnung. Diese Praxis besteht sowohl aufseiten osteuropäischer Regierungen (vgl. ERRC 2011a, S. 26) als auch der Medien in Westeuropa, die mitunter pauschal von

⁵ Über das Phänomen Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung und die davon Betroffenen lassen sich aufgrund der Seltenheit entsprechender Verurteilungen nur sehr eingeschränkt Aussagen treffen, und es stehen auch kaum spezifische Hilfsangebote zur Verfügung. Der im Jahr 2005 für diesen Tatbestand geschaffene § 233 StGB ist noch wenig bekannt, kommt faktisch äußerst selten zur Anwendung und gilt unter ExpertInnen (u.a. auch PolizistInnen, AnwältInnen) als unklar formuliert. Oft wird in der Praxis auf verwandte Paragraphen ausgewichen.

„Roma-Zuhältern“ sprechen, wenn sie über Prozesse gegen Menschenhändler berichten. (Amnesty International 2011) Den von Ausländerfeindlichkeit geprägten politischen Diskursen kommt eine solche Herkunft der TäterInnen sehr gelegen. (ebd.)

Das Thema Menschenhandel wird teilweise zum Anlass genommen, die Migration von Roma generell unter diesem Stichwort zu diskreditieren und zu bekämpfen. Festzuhalten ist jedoch, dass die Migration von Roma in der Regel freiwillig auf der Suche nach einem besseren Leben geschieht und ihre Wurzeln in strukturellen Benachteiligungen und Armut hat. (ERRC 2011a, S. 9f.)

Die Roma sind Europas größte Minderheit, und dennoch die verletzlichste – rund 12 Millionen Roma leben offiziellen Schätzungen nach in Europa, davon rund die Hälfte in der europäischen Union. (Cahn/Guild 2008, S. 88) Zum Vergleich: Die Einwohnerzahl Dänemarks bewegt sich etwa in derselben Größenordnung.

Obwohl den Roma oft ein nomadischer Lebensstil zugeschrieben wird, sind in der Realität 95 % sesshaft. (ERRC 2011a, S. 9) Man sollte meinen, dass eine Minderheit, die zahlenmäßig einem gesamten, mittelgroßen EU-Staat entspricht, heutzutage ausreichend Gehör, Anerkennung und Vertretung ihrer Rechte finden und gleichberechtigt und selbstbestimmt leben könnte.

Nach Jahrhunderten der Verfolgung und erzwungenen Assimilation stellt sich ihre Situation aber bis heute alles andere als rosig dar. Der Journalist Keno Verseck charakterisiert die Situation der Roma in Osteuropa als "vergessenen Bürgerkrieg" (Verseck 2011). Diese Metapher ist insofern irreführend, als der Begriff üblicherweise mit wechselseitiger Aggression und Dominanzbestrebungen beider Parteien assoziiert wird. Die Roma in Osteuropa hingegen befinden sich fast immer in einer rein defensiven Position. Die Wortwahl des Journalisten rüttelt jedoch auf und soll auf das schiere Ausmaß an Gewalt aufmerksam machen, das den Roma entgegengebracht, in den westlichen EU-Ländern aber weitestgehend ignoriert wird bzw. einfach unbekannt bleibt:

"Es gibt Aufmärsche gegen sie, selbsternannte Ordnungshüter schikanieren und bedrohen sie; um die Viertel, in denen sie wohnen, werden Mauern errichtet; ihre Häuser werden angezündet; sie werden von ihren Wohnorten vertrieben, manchmal brutal ermordet. Geführt wird dieser Krieg mal von paramilitärisch organisierten Rechtsextremisten oder von Rechtsterroristen, mal von Hooligans oder einfach von aufgebrachten, ansonsten jedoch unbescholtenen Bürgern. Die Behörden schauen fast überall lange zu, am Ende verhindern Ordnungskräfte nur das Schlimmste. Oder auch nicht." (Verseck 2011)

Während in vielen osteuropäischen Ländern rund 7 bis 10 Prozent der Bevölkerung Roma sind, machen sie Schätzungen zufolge mitunter 50 bis 80 % der Betroffenen des Menschenhandels – abhängig von dessen Zweck (etwa Prostitution, Arbeitsausbeutung oder organisiertes Betteln) und der jeweiligen Region – aus (siehe Tabelle 1).

Geschätzter Anteil von Roma an gehandelten Personen in Osteuropa					
	Sexuelle Ausbeutung			Arbeitsausbeutung	
	Schätzung der Polizei	Schätzung von NGOs	Schätzung von Serviceanbietern	Schätzung der Polizei	Schätzung von Serviceanbietern
Bulgarien	80 %		50 %	70 %	
Tschechien			70 % an deutscher Grenze, 20 % insgesamt	vorhanden	
Ungarn	80 %		Bis zu 50 %		
Rumänien			15 %	50 %	
Slowakei		60-90 %			Bis zu 100 %

Tabelle 1: Adaptiert aus Tabelle 1, ERRC 2011a, S. 11

Zuverlässige offizielle Zahlen gibt es nicht, da die Ethnizität der (registrierten) Opfer in Osteuropa von offizieller Seite nicht erfasst wird. (ERRC 2011a, S. 31ff.)

Das *European Roma Rights Centre* stützt sich daher meist größtenteils auf eigene Untersuchungen und das wenige bereits vorhandene Datenmaterial. Für seinen 2011 erschienenen Bericht *"Breaking the Silence – Trafficking in Romani Communities"* führte das ERRC Feldforschungen in Tschechien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und der Slowakei durch. Interviewt wurden neben 227 ExpertInnen aus verschiedenen Bereichen (z.B. PolizeibeamtInnen, SozialarbeiterInnen, NGO-MitarbeiterInnen, BehördenvertreterInnen) auch 37 selbst von Menschenhandel betroffene Roma und 26 weitere InformantInnen, etwa SexarbeiterInnen, Angehörige/Bekannte von gehandelten Personen oder HändlerInnen. (ERRC 2011a, S. 15f.) Der Bericht des ERRC ist eine der wenigen vorliegenden Studien zu diesem Thema, und ihm ist insofern besonderes Gewicht beizumessen, da anzunehmen ist, dass er keinen diskriminierenden oder verzerrten Blick "von außen" auf die Roma wirft. In Anbetracht der in allen gesellschaftlichen Schichten, bis hin zu öffentlichen Stellen vorherrschenden Ressentiments gegen Roma ist es schwierig, die Vertrauenswürdigkeit vieler (auch vermeintlich "objektiver") Feststellungen über sie zu beurteilen.

Bis Anfang der 2000er-Jahre haben Roma-NGOs das Thema "Menschenhandel" kaum offen angesprochen bzw. diese Problematik nicht eingeräumt, aus Furcht, bestehende Vorbehalte zu verstärken und um keine Zielscheibe für zusätzliche Anfeindungen zu bieten. (OSCE 2002)

Seit 2002 hat sich diese Praxis stark gewandelt, und der Bericht des ERRC ist ein gutes Beispiel dafür. Er bildet eine wichtige Grundlage der folgenden Arbeit und dient an zahlreichen Stellen als Referenz. Ebenfalls öfters Bezug genommen wird auf den Bericht *"Romani Women from Central and Eastern Europe: A 'Fourth World', or Experience of Multiple Discrimination"* des *Refugee Women's Resource Project* (Asylum Aid) von 2002, bzw. auf darin zitierte Quellen. Er beschäftigt sich nicht dezidiert mit Menschenhandel, leuchtet aber die Hintergründe der Benachteiligung von Frauen und Mädchen aus und ist somit ebenfalls eine wertvolle Quelle, wenn man nach den Faktoren fragt, die Frauenhandel begünstigen.

Um diese soll es nämlich in dieser Arbeit gehen: strukturelle Faktoren zu identifizieren und zu beschreiben, die dazu beitragen, dass Roma – und unter ihnen insbesondere Frauen – so unverhältnismäßig oft von Menschenhandel betroffen sind. Diese "Vulnerabilitätsfaktoren" werden in Kapitel 4 näher erläutert.

3. Zur Geschichte und aktuellen Situation von Roma in Europa

Die historische Herkunft der europäischen Roma ist bis heute umstritten; Sprachanalysen stützten die Annahme, dass sie ursprünglich aus dem nordindischen bzw. persischen Raum emigrierten. Historisch belegt ist ihre Ankunft in Südeuropa Anfang des 14. Jahrhunderts, von wo aus sie in den folgenden 200 Jahren auch weiter nördlich bis nach Großbritannien, Russland und Skandinavien zogen. Den anfänglichen nomadischen Lebensstil gaben viele Gruppen unter der osmanischen Herrschaft in Südosteuropa, dem Kaiserreich Österreich-Ungarn oder schließlich während des Kommunismus im 20. Jahrhundert auf.

ForscherInnen sprechen von einem "Kaleidoskop" oder einem "Mosaik" von Roma-Gruppen in Europa (Ringold et al. 2005, S. 10), die sich durch große Diversität auszeichnen. Die einzelnen Gruppen unterscheiden sich hinsichtlich Religion, Sprache, traditionellem Berufsfeld, kulturellen Traditionen und Zugehörigkeit zu einer bestimmten Großfamilie stark.

Traditionellerweise definieren sich die Roma als distinkt, als unterschiedlich von den *Gadje*, den Nicht-Roma. Dies hilft zu verstehen, wieso viele Gruppierungen sich über die Jahrhunderte, trotz oftmaligem Druck zur Assimilation, eine eigenständige Identität bewahrt haben. (Ringold et al. 2005, S. 11) Die Geschichte der Roma in Europa ist über Jahrhunderte geprägt von Verfolgung und erzwungener Assimilation. Bereits in der frühen Neuzeit wurden in Europa drakonische Anti-Roma-Gesetze erlassen. Im österreichischen Kaiserreich unter Maria Theresia gab es intensive Bestrebungen, nomadische Lebensstile zu unterbinden und Roma sesshaft zu machen. Das NS-Regime markierte den dunkelsten Abschnitt ihrer bisherigen Geschichte: im Dritten Reich wurden rund eine halbe Million europäische Roma in Konzentrationslagern ermordet. (Ringold et al. 2005, S. 6f.)

Die kommunistischen Regierungen Osteuropas waren (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß) bestrebt, ethnische Differenzen zu nivellieren. Es wurde eine Politik der sozioökonomischen Integration betrieben, Arbeitsplätze und Wohnmöglichkeiten für Roma geschaffen. Diese Maßnahmen waren jedoch oft kulturell repressiv, insbesondere in der Tschechoslowakei und Bulgarien, wo ethnische Differenzen überhaupt ausgeradiert werden sollten und (erneut) intensive Kampagnen gegen den nomadischen Lebensstil stattfanden. Es wurde versucht, gegenüber ethnischen Minderheiten eine "Bulgarisierung" zu erzwingen, etwa indem die Annahme bulgarischer Namen vorgeschrieben wurde. (Ringold et al. 2005, S. 7f.)

Die sozialistischen Versuche, Roma in den Mainstream von Wirtschaft und Gesellschaft einzugliedern, waren laut Ringold et al. ein zweischneidiges Schwert. Einerseits stieg ihre Bildungsbeteiligung stark an, und die Analphabetenrate ging signifikant zurück. Andererseits begann bereits damals die Praxis, Roma in speziellen Klassen oder Schulen für "schwierige oder behinderte" Kinder zu konzentrieren, was fatale Folgen für die gesellschaftliche Teilhabe hatte und in Kapitel 4.2 noch genauer erläutert wird.

Ringold et al. halten fest, dass die sozialistischen Programme die Situation der Roma insgesamt durchaus positiv beeinflussten, indem sie den Zugang zu Bildung, Arbeit und Wohnraum verbesserten. Gleichzeitig schufen die repressiven Assimilierungsbestrebungen (begründetes) Misstrauen der Roma gegenüber dem Staat. Sie waren von politischer Partizipation oder gar Selbstverwaltung ausgeschlossen, und die kommunistischen Regierungen schufen mit ihrer paternalistischen Versorgungsmentalität ein Verhältnis der Abhängigkeit. Nach der Wende gingen die Arbeitsplätze und die staatliche Unterstützung zu einem großen Teil verloren, und die zunehmende Armut hat etliche Roma, ebenso wie viele andere, mit einem Gefühl der Entfremdung zurückgelassen. (Ringold et al. 2005, S. 8) Gleichzeitig haben sie mit zunehmenden Feindseligkeiten der Mehrheitsbevölkerung zu kämpfen, die ihnen vorwirft, dem Staat mit dem Bezug von Beihilfen bloß „auf der Tasche zu liegen“. (Husova 2011, Ringold et al. 2005 S. 86)

4. Vulnerabilitätsfaktoren für Menschenhandel

Das European Roma Rights Centre (ERRC) identifiziert in seinem Bericht "*Breaking the Silence. Trafficking in Romani Communities*" folgende Vulnerabilitätsfaktoren, die das Risiko erhöhen, Betroffene/r von Menschenhandel zu werden:

- Leben in einer von Armut und sozialer Exklusion geprägten Situation
- Fehlende Bildung und Analphabetismus
- Aufwachsen in staatlicher Obhut
- Verschuldung bei Wucherern
- Mit problematischem Substanzkonsum und/oder Gewalt belastetes familiäres Umfeld
- Diskriminierung in Bezug auf Geschlecht und Ethnizität
- Vorherige Tätigkeit im Bereich der Sexarbeit
- Kinder sind in erhöhtem Maße gefährdet (ERRC 2011a, S. 41)

Die folgende Ausarbeitung beschränkt sich darauf, jene der genannten Punkte näher zu erläutern, die am klärungsbedürftigsten erschienen, bzw. einige Modifikationen der oben vorgestellten Liste vorzunehmen.

Diskriminierung in Bezug auf Ethnizität sollte zunächst in einem eigenen Unterkapitel dieser Arbeit behandelt werden, so wie sie auch im oben genannten Schema separat angeführt wird. Doch bereits nach kurzer Recherche stellte sich heraus, dass ethnische

Diskriminierung für Roma nicht nur in allen Lebensbereichen spürbar und gegenwärtig ist, sondern auch nahezu alle anderen oben genannten Faktoren durchdringt, verstärkt oder überhaupt auslöst. So hat der faktische Ausschluss von Roma-Kindern aus dem regulären Schulsystem seine Wurzeln ebenso in ethnischer Diskriminierung wie die drückende Armut und Arbeitslosigkeit, Schikanen durch die Polizei und die Abhängigkeit von Kreditwucherern. Ethnische Diskriminierung wird daher in der folgenden Arbeit nicht losgelöst betrachtet, sondern im Kontext der einzelnen Themenbereiche identifiziert und in jedem Kapitel auf ihre spezifischen Folgen hin untersucht.

Das ERRC hält klar fest, dass es keinen speziellen "Roma-Vulnerabilitätsfaktor" gibt, der zu der besonderen Betroffenheit dieser Gruppe von Menschenhandel führt, insbesondere handelt es sich dabei nicht um eine "kulturelle Eigenheit" der Roma (ERRC 2011a, S. 12). Die genannten Faktoren sind ebenso bei anderen Betroffenen, die nicht Roma sind, zu beobachten. Strukturelle Formen ethnischer und geschlechterbezogener Diskriminierung führen jedoch zu einem dichten Geflecht sozialer Benachteiligung von Roma, insbesondere Armut, Arbeitslosigkeit und fehlender Bildung, aber auch strukturelle Gewalt gegen Frauen, aus dem die Individuen kaum entkommen können.

Frauen, die ethnischen Minderheiten angehören, sind dabei in der Regel von multiplen Diskriminierungen betroffen. Man spricht von *Intersektionalität*: Diskriminierungen in Bezug auf Ethnizität, Geschlecht, soziale Klasse, sexuelle Orientierung etc. treten nicht isoliert auf, sondern überschneiden und beeinflussen sich meist gegenseitig (Women's Caucus 2000). Die staatlichen Akteure und Institutionen in Osteuropa versäumen es, die Rechte von Frauen aus Minderheiten (insbesondere Roma) sicherzustellen und sie adäquat vor häuslicher oder sexueller Gewalt und nachteiligen (traditionellen) Praktiken, z.B. sehr früher Eheschließung, zu schützen (ebd.).

Während der vom ERRC genannte Punkt "Diskriminierung in Bezug auf Geschlecht und Ethnizität" somit in den anderen Kapiteln aufgeht, erschien es notwendig, andere Faktoren einzeln zu behandeln bzw. der Liste hinzuzufügen. Makroperspektivisch betrachtet lässt sich z.B. festhalten, dass Länder mit Menschenhandelsproblemen in aller Regel auch ein gewaltiges Korruptionsproblem haben, und dass hier auch ein kausaler Zusammenhang angenommen werden kann. Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass dies nichts mit Roma im Speziellen zu tun hat. Aber abgesehen davon, dass die (Haupt-) Herkunftsländer der Betroffenen, nämlich Rumänien und Bulgarien, in besonderem Maße von Korruption betroffen sind⁶, so wird in Kapitel 4.4 auch dargelegt, dass insbesondere Roma und Frauen (aufgrund von Armut und Diskriminierung) überproportional unter Korruption leiden und wie dies den Kampf gegen den Menschenhandel erschwert. In diesem Kapitel wird auch die rassistische Behandlung von Roma durch Polizei und Justiz thematisiert. Diese verschafft den jeweiligen

⁶ Im "Corruption Perception Index 2010" von Transparency International schneiden Rumänien und Bulgarien von allen EU-Ländern am schlechtesten ab. Bulgarien landete (ex aequo mit El Salvador) auf Platz 73 von 178, Rumänien erreichte Platz 69 – knapp hinter Ruanda. (Transparency International 2010)

BeamtInnen zwar in der Regel keinen persönlichen *finanziellen* Vorteil (ist also keine "Korruption" in enger Auslegung, wenn man darunter nur Bestechung verstehen will), ist aber dennoch meilenweit von dem entfernt, was man unter rechtmäßiger, korrekter Amtsausübung versteht.

Ein weiterer Faktor, der im Laufe von Gesprächen mit den Mitarbeiterinnen der Fachberatungsstelle immer wieder thematisiert wurde, ist die mitunter fehlende Selbstwahrnehmung als "Opfer" von Roma-Frauen. Dieser Punkt fand in der Literatur bis dato kaum Erwähnung, somit kann dieses Kapitel nur als ein erstes Herantasten an die Problematik gesehen werden, das ausschließlich auf den Erfahrungen der Beratungsstelle basiert.

Die Gliederung der behandelten Vulnerabilitätsfaktoren stellt sich in dieser Arbeit demnach wie folgt dar:

- Armut und soziale Exklusion
- Fehlende Bildung und Analphabetismus
- Von Gewalt und problematischem Substanzkonsum geprägtes familiäres Umfeld
- Staatliche Korruption und Diskriminierung durch die Sicherheitsbehörden und das Justizsystem
- (unter besonderem Verweis auf die Rolle, die ethnischer Diskriminierung jeweils spielt)

4.1 Armut und soziale Exklusion

Umwälzungen nach dem Ende der UdSSR

Der Fall der UdSSR brachte neben beträchtlichen politischen auch gravierende wirtschaftliche Umwälzungen, deren Auswirkungen in den Ökonomien der Nachfolgestaaten bis heute präsent sind. Donna M. Hughes beschäftigte sich mit dem Phänomen Frauenhandel in Russland und dessen Verbindung zur wirtschaftlichen Situation des Landes, die sich nach dem Ende der Sowjetunion abrupt verschlechterte. Die Arbeitslosenzahlen stiegen stark an, und oft waren es zuerst die Frauen, die ihre Jobs verloren. Zwar wurde in der Sowjetunion offiziell die Gleichheit von Mann und Frau propagiert, praktisch war der Arbeitsmarkt dennoch segregiert: es gab Berufe, in denen in überdurchschnittlichem Ausmaß Frauen beschäftigt waren, welche jedoch ein vergleichsweise niedrigeres Einkommen erzielten. Geschätzte 80 % der Frauen arbeiteten in solchen typischerweise schlechter bezahlten "Frauenberufen", etwa im Handel, im Bildungssektor oder der Textilindustrie. (Hughes 2005)

Auch innerhalb der Betriebe waren Frauen in der Regel auf den niedrigeren und schlechter bezahlten Positionen der Hierarchiekette zu finden (ebd.), die in Krisenzeiten eher von Kündigungen bedroht sind. Nach dem Ende der Sowjetunion gingen Zusatzleistungen der Arbeitgeber verloren, in erster Linie betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen, was dem Ausschluss von Frauen aus dem Arbeitsmarkt

ebenfalls Vorschub leistete. (ebd.) Folglich waren sie in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs in stärkerem Ausmaß von Kündigungen, Arbeitslosigkeit und daraus resultierender Armut bedroht.

Hatten Frauen auch in der Sowjetunion trotz proklamierter Gleichstellung mit strukturellen ökonomischen, sozialen und politischen Ungleichheiten zu kämpfen, so verschlechterte sich ihre Situation nach dem Fall des Eisernen Vorhangs noch deutlich (Samhaber 2010, S. 98 f.):

“We have thankfully watched the fall of the Berlin Wall, but unfortunately the wall fell on women’s heads”, so der Kommentar einer Teilnehmerin an einer Sitzung der Staatsduma. (Hughes 2005, nach Piper, 2000).

Von den wirtschaftlichen Umbrüchen besonders betroffen waren auch marginalisierte gesellschaftliche Gruppen wie die Roma. Obwohl sie auch im historischen Rückblick immer zu den ärmsten Bevölkerungsgruppen in Europa zählten, so ist der Kollaps ihrer Lebensumstände seit 1989 beispiellos. (Ringold et al. 2005, xiii)

Aufgrund ihrer vergleichsweise niedrigen Bildung und Qualifikation waren Roma oft in Staatsbetrieben bzw. der Landwirtschaft beschäftigt, wo sie meist die beschwerlichsten und physisch anstrengendsten Tätigkeiten verrichteten. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der sozialistischen Regierungen waren sie daher auch in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit und wirtschaftlich-sozialem Abstieg betroffen. Roma waren oft die ersten, die aus den (vormals) staatlichen Industriefabriken, Minen und landwirtschaftlichen Kooperativen entlassen wurden. Aufgrund ihrer meist eher niedrigen Qualifikationen hatten und haben sie es schwer, in den neuen Marktökonomien Arbeitsplätze zu finden und sind oft auf (ohnehin niedrige) staatliche Beihilfen oder unsichere Arbeit im informellen Sektor angewiesen, die sie einem höheren Risiko der Ausbeutung aussetzt.

Die Roma waren historisch gesehen ohne Landbesitz und haben somit auch von der Restitution von Boden und dessen Privatisierung nicht profitiert. Schrumpfende fiskalische Ressourcen während der Übergangsphase bedeuteten auch weniger Geld für Investitionen in den Erhalt der öffentlichen Wohnbauten, in denen Roma leb(t)en. (Ringold et al. 2005, S. 9)

Die politische Transformation ist zudem mit zunehmender offener Diskriminierung und Gewalt gegenüber Minderheiten einhergegangen. Die politische Liberalisierung hat die Bühne auch für (rechts-) extreme Parteien geöffnet und Wege für öffentliche Hassbekundungen gegen Roma geebnet. (Ringold et al. 2005, S. 10)

Intersektionalität – Roma-Frauen als wirtschaftlich doppelt negativ Betroffene

Mitunter wird es in Roma-Familien als selbstverständlich angesehen, dass die Mädchen und Frauen neben Haushaltstätigkeiten auch für die materielle Versorgung der Familie verantwortlich sind, wie folgendes Zitat eines damals 14-jährigen Mädchens aus Bosnien-Herzegovina illustriert, das täglich stundenlang betteln geht: 'we have to help

my mother, we can not go to school, it is our responsibility as women to provide for our brothers and father.' (Jones 1998, S. 6; nach Masic, 1996). Besonders problematisch für Frauen ist es, einerseits als "Ernährerinnen" für die finanzielle Versorgung der Familie verantwortlich zu sein bzw. gemacht zu werden, während die Verfügungsgewalt über die erwirtschafteten Ressourcen jedoch (weiterhin) beim männlichen "Haushaltsvorstand" liegt. Jones konstatierte Ende der 90er Jahre für Bosnien-Herzegovina einen "breakdown in the structure of Roma society, and a shift in gender relations", bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit der Männer, die immer häufiger Frauen zu den "breadwinners" der Familie machte:

"Roma men have difficulty coming to terms with the change in relationships. In male-headed households, even while women are increasingly the main providers of income, it is still the men who have control over the economic resources. Respondents felt that, by placing the burden of economic provision on women without giving up control of the resulting resources, men are trying to maintain their power; in this light it appears that the status of women has decreased in Roma society, rather than increased." (Jones 1998, S. 69)

Verschuldung bei Wucherern

Armut, Arbeitslosigkeit und Diskriminierung führen dazu, dass viele Roma keinen Zugang zu regulären Bankkrediten haben und auf informelle Geldverleiher angewiesen sind. Diese verlangen meist exorbitante Zinsen, nutzen fehlende mathematische Kenntnisse ihrer KreditnehmerInnen aus und schrecken nicht vor repressiven Maßnahmen zurück, um die Rückzahlung sicherzustellen (ERRC 2011a, S. 53). Die Betroffenen geraten in eine Abhängigkeitssituation, was wiederum ihr Risiko erhöht, Betroffene von Menschenhandel zu werden. Die Wucherer nützen zudem die traditionell starken Familienbände in Roma-Gemeinschaften aus und machen, wenn Schuldner nicht zahlen können, deren Familienmitglieder für die Abbezahlung verantwortlich (Jurinová 2004). Der ERRC berichtet von Roma, die ihre Schulden nicht zurückzahlen konnten und in Folge von den Kredithaien verkauft oder gezwungen wurden, ihre Schulden mit sexuellen Dienstleistungen "abzuarbeiten". (ERRC 2011a, S. 53)

In einem Interview mit der Zeitung "Der Spiegel" berichtet ein Vater: "Weil wir Schulden hatten, wurde meine Tochter von unseren Gläubigern in Mazedonien mehrfach belästigt. Sie war damals 16 und darum in einem gefährlichen Alter. In mazedonischen Roma-Familien kommt es vor, dass Gläubiger die Kinder der Schuldner zur Prostitution zwingen. Darum sind wir nach Deutschland geflohen." (Der Spiegel 2011)

4.2 Fehlende Bildung und Analphabetismus

Niedrige Bildung resultiert in schlechteren Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und erhöht das Risiko, in informelle Beschäftigung und Situationen der Ausbeutung (wie Menschenhandel) zu geraten.

Systematische Diskriminierung im Bildungsbereich führt dazu, dass Roma in Osteuropa eine im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung deutlich schlechtere Schulbildung erhalten und meist nur niedrige, oder gar keine, Abschlüsse erzielen. Zahlen des rumänischen Bildungsministeriums illustrieren, wie der Roma-Anteil mit fortschreitenden Schuljahren immer weiter abnimmt: Im Vorschulbereich stellen sie 3,15 % aller Schüler, in der ersten bis vierten Klasse 7,61 %, in der fünften bis achten Klasse 4,51 %, und in den Klassen neun bis dreizehn sind nur noch 1,04 % der Schüler Roma⁷. (ERRC 2005, S. 28)

Einer Studie der Weltbank zufolge liegt der Anteil von bulgarischen Roma über 15 Jahren ohne jeglichen Schulabschluss bei 13,3 %, 76,4 % haben nur die Primarstufe abgeschlossen, 10 % die Sekundarstufe, und 0,2 % verfügen über eine universitäre oder andere postsekundäre Ausbildung. Unter den ethnischen Bulgaren liegen die Zahlen im Vergleich dazu wie folgt: 6,4 % ohne Abschluss, 28,1 % mit abgeschlossener Primarstufe, 45,4 % mit Sekundärbildung, und 20,1 % mit universitärer oder anderer postsekundärer Bildung. (ERRC 2005, S. 10)

Die Leiterin einer Förderschule in Berlin-Neukölln, die auch viele (meist erst vor kurzem zugewanderte) Roma-Kinder betreut, berichtet: "Viele der Roma-Kinder sind, auch wenn sie zehn Jahre alt sind, noch nie in eine Schule gegangen". (Reimann/Trenkamp 2011)

Mädchen sind noch einmal besonders betroffen, frühe Heirat (teilweise schon im Alter von 13 oder 14 Jahren) und Schwangerschaften führen zu sporadischem Schulbesuch oder Schulaustritt. Von Mädchen wird eher als von Jungen erwartet, Versorgungstätigkeiten für die Familie (Hausarbeit oder finanzielle Unterstützung z.B. durch Betteln) wahrzunehmen, wodurch sie in Bezug auf den Schulbesuch gegenüber den Jungen benachteiligt sind. (Refugee Women's Resource Project 2002, S. 38)

Teilweise möchten die Eltern auch verhindern, dass ihre Töchter in der Schule "böse Dinge" lernen (etwa über Sexualität, die oft tabuisiert ist) oder dort mit "bösen Jungs" in Kontakt kommen. (Xhemajli 2000)

Vom *European Roman Rights Centre* (ERRC) durchgeführte Interviews in Bulgarien ergaben, dass insbesondere Roma-Frauen meist nicht einmal die Elementarstufe abgeschlossen haben und oft funktionale Analphabetinnen sind. (ERRC 2011a, S. 49)

Als ein Hauptfaktor für die eklatanten Bildungsunterschiede zwischen Roma und Mehrheitsbevölkerung in Osteuropa (vgl. Abbildung 2) sind die hochgradig segregierten, diskriminierenden Bildungssysteme zu nennen.

⁷ Offizielle Zahlen basieren in der Regel auf der Selbst-Identifikation als Rom/Romni. Da viele aus Furcht nicht gewillt sind, sich als Roma zu deklarieren, sind solche Daten jedoch unzuverlässig und fallen viel zu niedrig aus.

People aged 12 and above with complete primary education

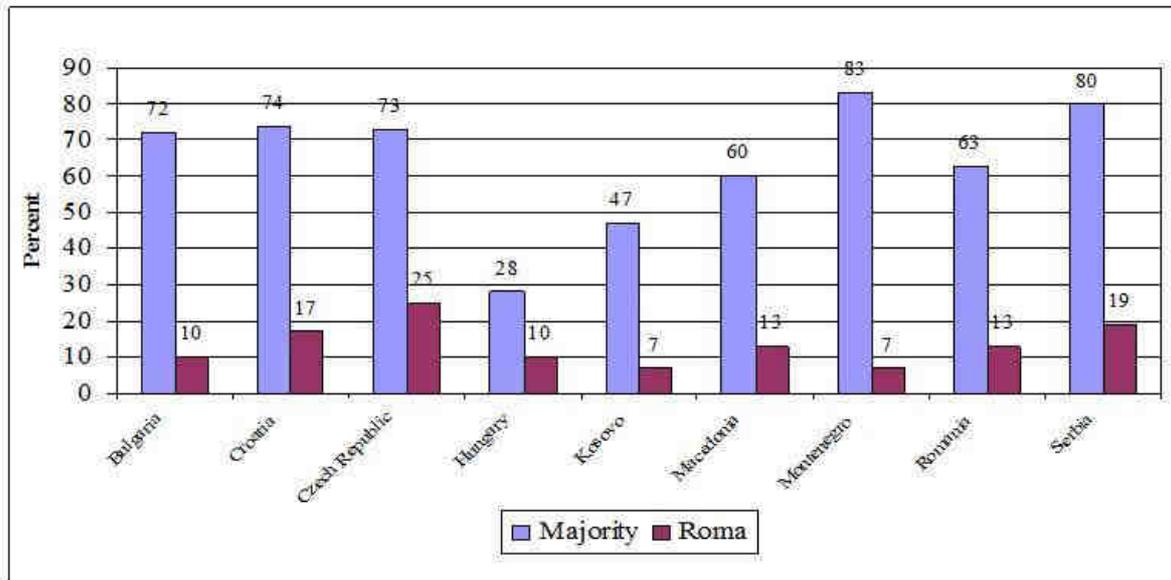


Abbildung 2: Prozentsatz der Über-12-Jährigen mit abgeschlossener Primarschulbildung. Quelle: Factsheet zu "Faces of Poverty, Faces of Hope. Vulnerability Profiles for Decade of Roma Inclusion countries". United Nations Development Programme. Bratislava, 2005.

Das *European Roma Rights Centre* hat 2005 einen Bericht über das segregierte Bildungswesen in fünf osteuropäischen Ländern (Rumänien, Bulgarien, Tschechische Republik, Slowakei und Ungarn) veröffentlicht, der zu erschreckenden Ergebnissen kommt: systematisch werden Roma in ethnisch homogene Schulen mit niedrigerer Qualität oder in Sonderschulen gedrängt und somit von einer regulären Ausbildung und sozialer Teilhabe ausgeschlossen. Eltern üben Druck auf Schulen aus, ihre Kinder von Roma fernzuhalten und diese in separaten Klassen zu unterrichten (ERRC 2005, S. 12). Die physische Separierung geht mitunter so weit, dass die Roma-SchülerInnen in anderen Gebäuden des Schulkomplexes unterrichtet werden, in der Kantine nur einen bestimmten Bereich nutzen dürfen und sogar ihr eigenes Geschirr und Besteck verwenden⁸. (ERRC 2005, S. 54)

In Ungarn werden Roma-Eltern teilweise dazu gedrängt, ihre Kinder als s.g. „private Schüler“ zu registrieren, die nur noch eine lose Verbindung zur Schule unterhalten und sich den Stoff zu Hause „privat“ aneignen sollen. (ERRC 2005, S. 80f.)

Offizielle, umfassende und verlässliche Zahlen zur Bildungsbeteiligung von Roma existieren in den fünf vom ERRC untersuchten Ländern eigentlich nicht, da hierzu (wie zu vielen anderen Themenbereichen) die Daten nicht systematisch zusammen mit ethnischer Zugehörigkeit erhoben werden. Wo sie vorhanden sind, basieren sie meist auf Selbst-Identifikation und unterschätzen die Zahl der Roma. (ERRC 2005, S. 21)

⁸ KritikerInnen sehen sich durch derartige Zustände dazu veranlasst, von einem System der "Apartheid" gegen Roma in Osteuropa zu sprechen. (vgl. Uken 2004)

Diese Praxis, die mit nationalen Datenschutzrichtlinien begründet wird, betrachten Organisationen wie das ERRC oder die UN als Hindernis, da ohne zuverlässige Zahlen auch keine entsprechenden, effektiven Policy-Maßnahmen zugunsten von Roma in die Wege geleitet werden können. (ERRC 2011a, S. 32) Der ERRC stützt sich daher in seinem Bericht "*Stigmata: Segregated Schooling of Roma in Central and Eastern Europe*" (2005) auf verschiedene wissenschaftliche Erhebungen, Schätzungen und vorhandenen Daten zu einzelnen Bereichen.

Laut dem bulgarischen Ministerium für Bildung und Wissenschaft betrug der Anteil von Roma an der GesamtschülerInnenzahl im Schuljahr 2000-2001 rund 10,5 %, oder 106.200 Personen. Davon besuchten geschätzte 70 % eine Schule, in der ausschließlich Roma unterrichtet wurden, und die das ERRC folglich als „Ghetto-Schulen“ bezeichnet (ERRC 2005, S. 10). Diese folgen zwar offiziell dem üblichen Lehrplan, die materielle Ausstattung und Qualität der Ausbildung sind aber in Wirklichkeit signifikant schlechter als in Schulen, in denen überwiegend Kinder der Mehrheitsbevölkerung unterrichtet werden. Diese „Ghetto-Schulen“ haben seit ihrer Einrichtung in den 1950er Jahren massive Bildungsungleichheiten zwischen Generationen von Roma und dem Rest der Gesellschaft produziert und sie somit in die soziale Exklusion gedrängt. (ebd.)

Viele Roma-Kinder werden überhaupt in Sonderschulen bzw. Sonderklassen für Kinder mit Lernschwierigkeiten, Entwicklungsstörungen bzw. leichten geistigen Behinderungen unterrichtet, in die sie eigentlich nicht gehören. Laut Schätzungen von LehrerInnen und SchuldirektorInnen beträgt der Roma-Anteil in diesen Schulformen rund 80 – 90 %. (ERRC 2005, S. 22). Alle fünf vom ERRC untersuchten Länder weisen neben den regulären Schulen noch ein komplexes System an solchen alternativen Einrichtungen für SchülerInnen mit Behinderungen auf, in denen in punkto Lehrplan nicht dieselben Standards wie im regulären Schulwesen gelten. (ERRC 2005, S. 34) In der Slowakei werden z.B. in der 2. Klasse der Grundschule die Zahlen bis 100 und das Rechnen mit zweistelligen Zahlen unterrichtet. In den Sonderschulen hingegen werden nur die Zahlen bis 10 bzw. das Rechnen mit ihnen gelehrt. In Tschechien lernen Kinder in normalen Grundschulen das tschechische Alphabet und das Zählen bis 20 in der ersten Klasse, SonderschülerInnen müssen diese Fähigkeiten erst bis zur dritten oder vierten Klasse erwerben. (ebd.)

Für das ERRC weisen die verfügbaren Daten darauf hin, dass das System von Sonderschulen für Kinder mit (vermeintlichen) Lernbehinderungen und Entwicklungsstörungen de facto als ein „paralleles Substandard-Bildungssystem für Roma“ fungiert (ERRC 2005, S. 37). In einigen Fällen seien diese Sonderschulen scheinbar speziell für Roma eingerichtet worden, etwa in der Nähe von Roma-Ghettos in Bulgarien, Tschechien und der Slowakei. In Tschechien und der Slowakei korreliert zudem die Anzahl von Sonderschulen in den Verwaltungsbezirken auffällig mit dem Anteil von Roma in der jeweiligen Region. (ebd.)

Als Ursachen für diese Fehlentwicklungen nennt das ERRC den weitverbreiteten Rassismus gegen Roma und eine ins Bildungssystem eingebaute Unfairness gegenüber

Roma, die auf vermeintlicher "ethnischer Blindheit" fußt. Anstatt die Bedingungen dafür zu schaffen, dass Roma vor dem Schuleintritt ihre Kenntnis der offiziellen Amts- und Schulsprache verbessern⁹ und benachteiligte Kinder die für die Schule nötigen sozialen Fähigkeiten erwerben können, werden Roma-Kinder schlicht und einfach einer Substandard-Ausbildung zugewiesen. (ERRC 2005, S. 38) Vorurteilsbehaftete LehrerInnen, Schulbehörden und PsychologInnen drängen Roma in Sonderschulen. Eine Studie kam etwa zum Ergebnis, dass 84 % der untersuchten LehrerInnen in der Slowakei der Ansicht waren, dass Roma-Kinder eine geringere mentale Leistungsfähigkeit hätten. (ERRC 2005, S. 42)

Den Eltern wird mitunter geraten, ihr Kind in eine Sonderschule zu geben, da es sich in diesem gewohnten Umfeld einfach „wohler fühle“. Viele Eltern wollen ihre Kinder auch nicht dem zu erwartenden Mobbing in regulären Schulen aussetzen. (ERRC 2005, S. 40) Einige Sonderschulen werben bereits aktiv mit bunten Broschüren um Roma-Kinder, um ihre SchülerInnenzahl und somit die Finanzierung zu sichern. Teilweise bieten sie als Anreiz kostenlose Mahlzeiten oder Schulbücher, die sich die Eltern sonst nicht leisten könnten. (ERRC 2005, S. 41)

In Tschechien und der Slowakei bestehen viele Roma-Kinder die Schuleingangstests für die erste Klasse nicht, in denen motorische Entwicklung, Wahrnehmung, intellektuelle Entwicklung, Sprachverständnis und -ausdruck, emotionale und soziale Entwicklung überprüft werden. (ERRC 2005, S. 39) Diese psychologischen Tests berücksichtigen die sprachlichen und kulturellen Unterschiede zwischen Mehrheitsbevölkerung und Roma jedoch nicht, sie sind zuungunsten der Roma verzerrt und können daher keine akkurate Aussage über die tatsächlichen Fähigkeiten der Kinder geben. (ERRC 2005, S. 50)

Angesichts der historischen Ereignisse ist es verständlich, dass viele Roma noch immer Angst vor einem Verlust ihrer kulturellen Identität durch staatliche Maßnahmen haben, und deshalb eher abgeneigt sind, ihre Kinder in staatliche Schulen zu schicken. (Oprea 2005)

Auch die Bereitschaft andere staatliche Leistungen, etwa im Bereich der Gesundheit, zu nutzen, wird vermutlich von dieser Sorge beeinflusst. (Ringold et al. 2005, S. 12) Dass dieses Misstrauen nicht unberechtigt ist, zeigen etwa die von offizieller Seite noch immer nicht vollständig aufgearbeiteten unfreiwilligen Sterilisierungen von Roma-Frauen in Tschechien, Ungarn und der Slowakei, die zum Teil im Zuge anderer medizinischer Prozeduren und ohne informierte Einwilligung der Patientinnen in den 1970er- bis 90er-Jahren durchgeführt wurden. (ERRC 2009).

⁹ Oftmals wird in den Familien nur Romani (in Deutschland meist auch "Romanes" genannt) gesprochen.

4.3 Von Gewalt und/oder Substanzmissbrauch geprägtes familiäres Umfeld

Substanzkonsum (Alkohol, Drogen, Inhalation von Lösungsmitteln) stellt in Roma-Gemeinschaften – wie in anderen ökonomisch und gesellschaftlich deprivierten Umfeldern – ein großes Problem dar. Er kann Auslöser familiärer Konflikte und Gewalt sein, zu erhöhtem (schwer zu deckendem) Geldbedarf und folglich zu Verschuldung bei Kreditgebern führen. Prostitutive Tätigkeiten werden oft nur aufgenommen, um den Substanzkonsum von Familienmitgliedern (oft des Partners) zu finanzieren. Ausbeutung und Menschenhandel werden zu einem Mittel, um den kostspieligen Konsum aufrechtzuerhalten. (ERRC 2011a, S. 54)

In Bezug auf Roma wird zudem immer wieder auf problematische patriarchale Geschlechterverhältnisse und weit verbreitete Gewalt gegen Frauen, etwa Zwangsverheiratung, häusliche Gewalt durch die männlichen Partner oder erniedrigende Prozeduren wie Jungfräulichkeitstests hingewiesen. Viele davon, insbesondere häusliche Gewalt und sehr frühe Eheschließung, werden vom ERRC für die Betroffenen mit einer erhöhten Vulnerabilität gegenüber Menschenhandel in Verbindung gebracht.

Auf den folgenden Seiten sollen – anhand von Schilderungen von Roma-VertreterInnen selbst, die soweit wie möglich im Original zitiert werden – die bestehenden Problemlagen dargestellt werden, ohne plumpe Klischees und Vorurteile zu reproduzieren. Faktische Diskriminierungen, von denen Frauen innerhalb der Roma-Gemeinden oftmals betroffen sind, sollen aber genauso wenig ausgeblendet werden.

In einer Schwerpunktausgabe zum Thema "Frauenrechte" kamen in Nummer 1/2000 von *Roma Rights*, dem Journal des ERRC, mehrere Roma-Aktivistinnen und -Aktivisten mit verschiedenen Ansichten zur Rolle von Frauen und der Frauenbewegung innerhalb der Roma-Communities zu Wort. Ihre Meinungen werden im folgenden kurz zusammengefasst.

Sabina Xhemajli, Mitglied des Kölner Vereins *Rom e.V.* und als Sozialpädagogin tätig, beschreibt ein patriarchales, traditionelles Geschlechterverhältnis, das Roma-Frauen bis heute eine schlechter gestellte Position beschert:

"The positions of Romani men and Romani women are clearly divided. Unfortunately, women have drawn the losing card." Frauen seien für die Führung des Haushalts, die Kindererziehung und den Zusammenhalt der Familie alleinig zuständig, und gehen darüber hinaus oft noch einem Broterwerb nach. Schon früh werden Mädchen in diese Pflichten hineinsozialisiert, der Schulbesuch sei daneben oft zweitrangig. Ivan Ivanov, heutiger Direktor des *European Roma Information Office (ERIO)*, geht in seinem Beitrag auf das traditionelle Konzept von Ehre ein, das Frauen unter Druck setzt:

"For the greater part of the Romani community, the honour of the family is the most important thing, and the chastity and the purity of women¹⁰ is central to that ho-

¹⁰ Das Ansehen der Frau hängt traditionellerweise mit dem Konzept von (Un-) Reinheit (*marime* bzw. *mokadi* genannt) und der strikten Einhaltung der damit verbundenen Verhaltensnormen zusammen. Der Unterkörper

nour. Public opinion is a very important part of the life of Roma. To maintain a good public image, Romani parents exercise strict control over the girls of the family from an early age. They rigidly steer them away from any possibility of committing acts which would reflect badly on the family image." (Ivanov 2000)

Diese Wunsch nach Kontrolle sei auch ein Grund für Eltern, Töchter aus der Schule zu nehmen. Kurz nach dem Einsetzen der Pubertät würden die Mädchen verheiratet, um "sexuellem Experimentieren" zuvorzukommen, oftmals schon im Alter von 13 oder 14 Jahren (ebd., siehe auch Oprea 2005). Aufklärung der Mädchen und Jungen über Sexualität, Verhütung etc. findet meist nicht statt. (Refugee Women's Resource Project 2002, S. 43.)

Noch immer ist es eine durchaus verbreitete Praxis, die Mädchen vor der Eheschließung einem "Jungfräulichkeitstest" zu unterziehen, um ihre "Reinheit" zu prüfen. Dabei sind verschiedene Modalitäten üblich, doch umfasst der Test generell eine Inspektion bzw. sogar das Durchbrechen des Hymens, was im schlimmsten Fall dazu führt, dass die Mädchen wegen starker Blutungen hospitalisiert werden müssen. (ERRC 2011b)
"Besteht" das Mädchen den Test nicht, drohen schwerwiegende soziale Konsequenzen: sie läuft Gefahr beschimpft und beschämt, zu ihrer Familie zurückgeschickt und von der Gemeinschaft ausgegrenzt zu werden. (ebd.)

Eine sehr frühe Heirat kann indes zu ernststen physischen und psychischen Problemen der Mädchen führen. Tödliche Schwangerschaftskomplikationen treten etwa bei 15- bis 19-Jährigen mit 20- bis 200-fach erhöhter Wahrscheinlichkeit auf (im Vergleich zur Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen). Negative psychische Effekte können aus erzwungener sexueller Aktivität, dem Verlust der Adoleszenzphase und den Einschränkungen der Freiheit und Persönlichkeitsentwicklung, die die Verpflichtungen der Ehe mit sich bringen, resultieren. (ebd.)

Sich gegen derartige Praktiken aufzulehnen, ist aber mitunter gleichbedeutend mit sozialem Ausschluss:

"When one stands against tradition, one is shunned from the family. And because for us the family and togetherness are very important, being shunned from one's own family is the cruellest punishment." (Xhemajli 2000)

Wie Frauen anderer ethnischer Gruppen bzw. Gesellschaften weltweit, sind auch Roma-Frauen von häuslicher Gewalt betroffen. Der Unterschied im Fall der Roma liegt darin, dass die Mehrheitsgesellschaften, in deren Gegenwart sie leben, ihnen generell wenig Toleranz und Offenheit entgegenbringen, und den Frauen daher weniger Ressourcen zur Verfügung stehen, um sich zu schützen. (Refugee Women's Resource Project 2002, S. 44)

der Frau wurde generell, insbesondere jedoch in Verbindung mit sexueller Aktivität sowie der Zeit der Menstruation, Schwangerschaft und Geburt, als Quelle von Unreinheit gesehen. Dies führt zu strikten Regeln in Bezug auf Sexualität, diese wurde bzw. wird noch heute tabuisiert, und darüber zu sprechen als Schande gesehen. (Refugee Women's Resource Project, S. 40ff.)

Zusätzlich können einige traditionelle Werte (z.B. die weiter oben beschriebenen) hinderlich seien, wenn es für die Frauen darum geht, Schutz und Gerechtigkeit zu suchen. (ebd.)

Verlässliche Zahlen über die Inzidenz häuslicher Gewalt unter Roma in Osteuropa gibt es nicht – wenig überraschend, da selten der Eindruck entsteht, dass die Behörden großes Interesse am Wohlergehen der Roma hätten. (ebd.)

Vereinzelte Hinweise deuten auf eine erhöhte Rate häuslicher Gewalt in den Roma-Gemeinden hin, wobei oft auf die Rolle von Alkoholmissbrauch und Armut hingewiesen wird. (Refugee Women's Resource Project 2002, S. 45)

Für eine Untersuchung der Lebensumstände von ungarischen Roma-Frauen führte das ERRC im Jahr 2007 124 Interviews mit Frauen im Alter von 17 bis 73 Jahren in Budapest, Miskolc und Pécs durch. (ERRC 2007, S. 6) Von den Frauen, die Fragen zum Thema Gewalt beantwortet hatten¹¹, gaben 42 % an, aktuell oder in der Vergangenheit von häuslicher Gewalt betroffen (gewesen) zu sein. Diese ging von Ehepartnern, Schwiegereltern oder anderen Familienmitgliedern aus. In nur 20 % der Fälle suchten sie Unterstützung bei der Polizei, und nur in einem dieser sieben Fällen reagierte die Polizei effektiv auf diese Kontaktaufnahme. (ERRC 2007, S. 3)

Die Inzidenz häuslicher Gewalt in Roma-Gemeinden wird durch Arbeitslosigkeit, Armut, Alkoholprobleme bzw. Substanzkonsum und durch auf Diskriminierung und Rassismus zurückführbare Konfliktsituationen erhöht:

"Her [the Romani woman's, Anm.] situation is caused not only by being the weaker member of the family, and not only because of the persistence of patriarchal stereotypes. It is also due to the fact that since Romani men face daily humiliation and discrimination, they are often unable to communicate and to express sentiments. All their emotions accumulate during the day and they can often explode at home, the only place a Romani man can feel powerful. This can result in domestic violence. Domestic violence is the result of the serious social and economic problems which affect the Roma community more than other communities. Alcoholism and other addictions, as well as the serious financial problems faced by most Romani families, can increase such aggression." (Ivanov 2000)

Die Frage nach der Rolle der Frau, insbesondere in Hinblick auf traditionelle Werte und Praktiken, ist eine auch unter Roma-AktivistInnen stark debattierte.

Frauen tragen durch ihre Rolle innerhalb der Familie einen großen Teil der Verantwortung für die Weitergabe und Bewahrung der eigenen Kultur und Identität. Ihre Rolle innerhalb der Gemeinschaft kann nicht separat betrachtet werden von der Frage der Identität der Roma, die über Jahrhunderte vor Bedrohung von außen, entweder durch Verfolgung oder erzwungene Anpassung, geschützt werden musste. Aus dieser Perspektive könnte jeglicher Versuch, die Rolle der Frau umzudefinieren, als "Aufgeben" der

¹¹ Von den 124 Frauen entschieden sich 84 (ca. 68 %), mit den Interviewerinnen über dieses sensible Thema zu sprechen (ERRC 2007, S. 8).

Traditionen und somit der eigenen Identität interpretiert werden. (Refugee Women's Resource Project 2002, S. 31)

Gleichzeitig wehren sich Roma-FeministInnen gegen Vorwürfe der "Nicht-Authentizität": "Feminist dissent is not evidential of the erosion of Romani identity, but rather a natural outgrowth of it". (Oprea 2005) Viel zu oft würde der Feminismus "weißgewaschen", d.h. als eine Errungenschaft des "Westens" und der "Weißen" präsentiert. Dadurch würde eine diskursive Kluft erschaffen zwischen den Idealen des Feminismus und der Roma-Kultur und -Identität, welche als defizitär (weil Frauen- und Menschenrechte missachtend) entworfen wird. (ebd.)

Die Politikwissenschaftlerin Andrea Oprea kritisiert, dass zwei Extreme zu beobachten seien, was den Blick der Mehrheitsgesellschaft auf repressive Praktiken innerhalb der Roma-Gemeinschaften betrifft:

Einerseits werden sie von manchen schlicht als Produkte einer primitiven Kultur gesehen, welche dämonisiert und plump mit Patriarchat/Sexismus gleichgesetzt wird. Die Rolle, die der Rassismus der Mehrheit in der Genese bzw. Aufrechterhaltung solcher Praktiken gespielt hat und heute noch spielt, wird komplett ausgeblendet.

Im zweiten Fall werden alle Übel allein auf den Rassismus zurückgeführt: intern vorhandene patriarchale Strukturen werden ignoriert, da man diese als "Kultur" der Minderheit auffasst, welche die von Schuldgefühlen geplagten Angehörigen der Mehrheit aber nicht kritisieren möchten, um nicht selbst "rassistisch" zu erscheinen. (Oprea 2005)

Nicoleta Bițu appelliert an die Rolle der Roma-Zivilgesellschaft, wenn es um problematische Zustände geht. Sie weist darauf hin, dass es wichtig ist, auf Probleme aufmerksam zu machen, aber die Frage sei:

"[D]o we want the states to intervene from the point of view of legal support and government policy? How can we respond to this issue, knowing the history of states' policies in integrating and 'civilising' the Romani population? If the answer is not to come via the state, can we improve the work of Romani civil society? The old generation of Roma had its own survival strategy for keeping Roma away from the majority societies. What is the survival strategy of the young generation? What is our survival strategy?" (Bițu 2000).

Angesichts des früheren Umgangs mit Roma von staatlicher Seite und des heute noch herrschenden Rassismus, stellt sich die Frage, ob ein formaler rechtlicher und regulatorischer, intervenierender Zugang vonseiten der Regierungen angebracht ist. Wenn nicht, wie können die Roma selbst zu einer Verbesserung der Situation beitragen? Bițu gibt keine Antworten, wirft aber wichtige Fragen auf.

4.4 Staatliche Korruption und Diskriminierung durch Sicherheitsbehörden und das Justizsystem

Das Verhältnis zwischen Roma und Staat kann auch heute noch, gelinde gesagt, als gespannt betrachtet werden. Viele Roma erfahren aufgrund ihrer Ethnie diskriminierende Behandlung und Schikanen, bis hin zu schweren körperlichen

Misshandlungen, durch die Polizei. Auch wenn die BeamtInnen sich dadurch keinen finanziellen Vorteil verschaffen, so kann der Missbrauch der ihnen anvertrauten Macht und Autorität, in diesem Fall durch grobe Missachtung grundlegender Amtspflichten wie der Gleichbehandlung und des korrekten Umgangs, im weitesten Sinne auch als Form der Korruption oder zumindest Amtsmissbrauch betrachtet werden. Teilweise kommt es auch zu sexuellen Übergriffen von öffentlichen Funktionsträgern gegen Frauen: in einer 1995 durchgeführten Umfrage unter Roma in Tschechien und der Slowakei kam heraus, dass die Frauen nicht nur regelmäßig von Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung Gewalt und sexualisierte Gewalt erfahren, sondern auch „alarmierend“ oft von Polizeibeamten misshandelt und vergewaltigt wurden. (Refugee Women's Resource Project 2002: S. 69)

Diese diskriminierenden und traumatisierenden Erlebnisse führen bei den Roma zu Misstrauen und Abneigung gegen die Exekutive bzw. das staatliche Rechtssystem generell. (ERRC 2011a, S. 60) Dies trifft auch auf Betroffene von Menschenhandel zu. Selbst wenn Betroffene von sich aus die Polizei kontaktieren, wird ihnen oft die Unterstützung versagt. Eine 20-jährige Romni aus Ungarn, die unter Täuschung in die sexuelle Ausbeutung verkauft wurde, erhielt keine Hilfe, da sie nach Ansicht der PolizistInnen doch "freiwillig gegangen" sei und zudem den Namen des Händlers nicht wüsste und der Fall somit "schwer zu verfolgen sei". (ERRC 2011a, S. 59)

Zudem weist das ERRC darauf hin, dass die osteuropäischen Ermittlungsbehörden nur unzureichende Anstrengungen unternehmen, proaktiv Betroffene zu identifizieren.

Eine kürzlich erschienene Studie des deutschen BKA zum Thema "Aussagebereitschaft von Opfern des Menschenhandels zum Zweck sexueller Ausbeutung" belegt, dass der Wille zur Kooperation mit der Polizei massiv unterminiert wird durch eine Wahrnehmung der Polizei als korrupt (in Bezug auf die Polizei im Herkunftsland oder die deutsche Polizei). Befürchten die Betroffenen, dass die Polizei sie nicht schützen wird oder mit den TäterInnen zusammenarbeitet, erschwert dies ihre Identifikation und adäquate Unterstützung und die polizeilichen Ermittlungen gegen TäterInnen. (Helfferich et al. 2010, S. 73 und S. 91ff.)

Die Rolle von Korruption als ursächlicher Faktor von Menschenhandel wurde von der Wissenschaft bis vor kurzem größtenteils vernachlässigt. Die Tatsache, dass die Betroffenen von Menschenhandel in erster Linie aus wirtschaftlich schlecht gestellten Ländern kommen, hat ForscherInnen dazu verleitet, sich fast ausschließlich mit der Verbindung zwischen Armut und Menschenhandel zu beschäftigen (Zhang und Pineda 2008: 52). Armut als kausalen Faktor anzunehmen macht Sinn, da wirtschaftliche Not der anfängliche Antriebsfaktor potentieller Betroffener von Menschenhandel ist, sich in Situationen zu begeben, die verletzlich machen. Menschenhandel kann jedoch nicht ohne ein förderliches regulatorisches, soziales und legales Umfeld erfolgreich bzw. kontinuierlich operieren. (ebd.)

Zhang und Pineda stellen in ihrer multivariaten Analyse fest, dass zwar Makro-Level-Faktoren mit gewisser Erklärungskraft existieren (etwa das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen eines Landes), Korruption aber vermutlich der wichtigste Faktor ist, um Menschenhandel zu erklären (ebd.)

Der Report des PACO (*Program against Corruption and Organized Crime in South Eastern Europe*) hält fest, dass alle Länder in Südosteuropa Korruptionsprobleme haben, die direkt mit dem Menschenhandel in Verbindung zu bringen sind – etwa innerhalb der Exekutive, in Konsulaten, bei der Grenzkontrolle, in Geheimdiensten und den bewaffneten Streitkräften, aber auch in Zusammenhang mit privaten Firmen wie Reisebüros, Airlines und Finanzinstitutionen. Menschenhandel kann nicht ohne Mitwirkung korrupter Funktionsträger stattfinden (Zhang und Pineda 2008, nach PACO 2002, S. 9). Diese kann in passivem Verhalten (ignorieren bzw. tolerieren) oder auch aktiver Mithilfe bestehen. Korruption spielt einerseits in der Ermöglichung von Menschenhandel eine Rolle (etwa durch das Ausstellen falscher Papiere¹²), aber auch in der Behinderung der strafrechtlichen Verfolgung von Menschenhandel.

Mitunter zählen Polizisten zu den Kunden von Bordellen (Cockburn 2003) oder sind Komplizen von Zuhältern, wie folgendes Zitat einer ungarischen Romni, Betroffene von intranationalem Menschenhandel, vermuten lässt: "Sometimes the police would stop me and I would just have to tell them the name of my pimp and they would leave." (ERRC 2011a, S. 59)

In der Studie von Helfferich et al. äußerten Betroffene die Ansicht, die Polizei in ihrem Heimatland arbeite „nur für die, die zahlen“, also „die Zuhälter“, während sie selbst von der Polizei erniedrigt würden, wenn sie ein Problem hätten. Wer Strafverfolgung wünscht, müsse sie kaufen: „Eine Interviewpartnerin wurde von der Polizei abgewiesen, da sie keine 100 Euro für die Inhaftierung des Täters aufbringen konnte.“ (Helfferich et al. 2010, S. 92)

Ähnliche Beispiele für Korruption finden sich in einem Bericht des UNODC: "Police officer convicted of warning brothel owners and taking sexual favours", und "Many times police would leave the trafficker and exploiter not arrested and only get victims". (UNODC 2011, S. 9) Auch in Deutschland gaben Betroffene an, dass die BordellbetreiberInnen über Razzien informiert gewesen und Polizisten als „Freunde des Hauses“ gratis "bedient" worden seien. (Helfferich et al. 2010, S. 96)

Schimmel und Pech (2004) beschäftigen sich in ihrem gleichnamigen Bericht mit dem Thema "Corruption and Gender". Sie untersuchen die Ursachen und Folgen von Korruption in Bezug auf Geschlecht und weisen nach, dass Korruption Frauen deutlich negativer trifft als Männer. Dabei gehen sie auch konkret auf das Phänomen Frauenhandel ein.

¹² Beispiele finden sich in einem Bericht der UNODC: "Computer expert in ministry abused his position to gain false working permits that resulted in fraud of foreign workers", "Police providing real passports with false pictures to victims of traffickers" (2011, S. 9)

Korruption in Strafermittlungs- und Verfolgungsbehörden ist nach Schimmel und Pech besonders nachteilig für Frauen, die als Opfer von Diskriminierung und Gewalt ihre Rechte im Justizsystem durchzusetzen versuchen. Abgesehen von diskriminierenden prozessualen Anforderungen leiden sie unter ungleichem Zugang zu materiellen Ressourcen, die etwa für Bestechungen oder Berufungen nötig wären (Schimmel und Pech 2004: 13). Nicht zuletzt sind Frauen auch personell in den zuständigen Stellen und Behörden unterrepräsentiert. Informelle, korrupte Netzwerke sind meist klar männerdominiert bzw. haben den Charakter geschlossener Gesellschaften, oft in der Form von s.g. "Old Boy Networks" (ebd.). Diskriminierende Einstellungen innerhalb dieser Gesellschaften und somit der Institutionen treffen Frauen besonders hart. Die Korruption bringt ihnen somit einen systematischen Nachteil (ebd.)

Das gleiche trifft für Minderheiten wie die Roma zu: sie sind aus solchen einflussreichen Netzwerken ausgeschlossen, werden durch sie diskriminiert und leiden unter fehlenden materiellen Ressourcen.

5. Fazit

Sowohl die erfahrungsbasierten Einschätzungen von Fachberatungsstellen in Deutschland als auch Untersuchungen des ERRC in Osteuropa weisen darauf hin, dass Roma weit überproportional unter Betroffenen des Menschenhandels in und aus (Süd-) Osteuropa vertreten sind, wobei insbesondere Frauen von Viktimisierung bedroht sind. Keinesfalls darf Menschenhandel aber auf vermeintliche "kulturelle Eigenheiten" der Roma zurückgeführt werden. Das ERRC zeigt auf, dass die Faktoren, die vulnerabel gegenüber dem Menschenhandel machen, die gleichen sind – egal, ob es sich bei den Betroffenen um Roma oder Nicht-Roma handelt.

Einer, und vielleicht der wichtigste dieser Faktoren ist ökonomische Deprivation: Roma haben besonders unter strukturell angelegter Armut, Arbeits- und Chancenlosigkeit zu leiden. Der Hauptgrund dafür ist in den hochgradig segregierten Bildungssystemen Osteuropas zu finden, in denen Roma-Kinder einer parallelen Substandard-Schulbildung zugewiesen werden, die sie oft als funktionale AnalphabetInnen verlassen.

Vieles weist darauf hin, dass diese Praxis auf einem geradezu salonfähigen Rassismus gegen Roma (Antiziganismus) fußt, der auch vor LehrerInnen, PsychologInnen, Schulbehörden und der Politik nicht halt macht.

Ohne Zugang zum regulären Arbeitsmarkt bleibt vielen nur unsichere Beschäftigung im informellen Sektor oder in der Sexarbeit, bzw. die Hoffnung, in einem anderen Land bessere Chancen zu finden – alles Szenarien, die das Risiko erhöhen, in Situationen der Ausbeutung zu geraten.

Da auch Polizei und Justiz in (Süd-) Osteuropa für ihren diskriminierenden, korrupten und oft gewaltsamen Umgang mit Roma bekannt sind, bleiben von Menschenhandel Betroffene oder Gefährdete oft ohne jegliche Unterstützung durch den staatlichen Sicherheitsapparat. Korrupte BeamtInnen fördern die Aktivitäten von MenschenhändlerInnen teilweise noch aktiv, indem sie falsche Papiere ausstellen oder

Schmiergeld von SchleuserInnen bzw. BordellbesitzerInnen, die in den Menschenhandel involviert sind, annehmen.

Manche Faktoren betreffen Roma generell, manche aber insbesondere Frauen, und wie in der Einleitung festgehalten wurde, sind es den offiziellen Zahlen zufolge in der Tat mehrheitlich Frauen, die als Betroffene von Menschenhandel (und hier meist in der Sexarbeit) ausgebeutet werden¹³. Die doppelte Benachteiligung aufgrund ihrer Ethnie und ihres Geschlechts beschert Roma-Frauen eine besonders ungünstige Position.

Roma-Gemeinschaften in Osteuropa sind vielfach von patriarchalen Strukturen geprägt, aus denen Situationen resultieren, die für Frauen nachteilig sind und die sie verwundbar(er) gegenüber MenschenhändlerInnen machen.

Solche Nachteile sind u.a. geringere Möglichkeiten zum Schulbesuch, Verantwortung für die (auch materielle) Versorgung der Familie bei gleichzeitig statusniedrigerer Position gegenüber dem Ehepartner bzw. fehlender Kontrolle über die erwirtschafteten Ressourcen, Heirat kurz nach Einsetzen der Pubertät, Gebundenheit an das Konzept der "Ehre" und "Reinheit" der Frau, dessen Verletzung einen Ausschluss aus sozialen Zusammenhängen nach sich ziehen kann, und hohe Inzidenz häuslicher Gewalt. Zwar gibt es Roma-AktivistInnen, die patriarchale Zwänge tatsächlich als schützenswerte Roma-Tradition und Kultur verstanden wissen wollen¹⁴ (und Andersdenkenden sogar vorwerfen, folglich keine "echten Roma" zu sein), diese ernten aber harschen Widerspruch und Kritik aus den eigenen Reihen. Für Irritationen bei Roma-FeministInnen sorgen nicht nur solche (vermeintlich) "kulturbewahrenden" Roma, sondern auch überhebliche ÜberbringerInnen der frohen Botschaft der Menschenrechte, die – ausgehend von einer dichotomen "wir da oben, die da unten"-Mentalität – den Roma unberechtigterweise genau eine solche homogene, archaisch-dysfunktionale "Kultur" unterstellen, die es im Namen der zivilisierten westlichen Werte zu bekämpfen gilt. (vgl. Oprea 2005)

Festhalten lässt sich aber, dass der noch aus der Zeit vor der Ankunft in Europa stammende kulturelle Hintergrund überall dort, wo sich Roma in Europa aufhielten, lokal überformt wurde. Die Kultur, Religion und Gewohnheiten der ansässigen Mehrheitsbevölkerung beeinflussten auch die Kultur der Roma und ihre Praktiken, bzw. brachten

¹³ Wie bereits festgehalten wurde, lassen sich zum Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung aufgrund des beträchtlichen Dunkelfeldes aber auch kaum Aussagen treffen.

¹⁴ Ein besonders drastisches Beispiel ist Katalin Sztojka aus Ungarn, eine ehemalige Präsidentin des Roma-Minderheitenrates von Kalocsa und Leiterin der NGO *Phralipe*. Sie bezeichnete es u.a. als "Schande" für die Familie, wenn sich eine Frau nach gewalttätigen Übergriffen ihres Ehemannes bei der Polizei melden würde, und verglich die Roma-Frauenbewegung mit den Assimilationsplänen des Kommunismus. (Sztojka 2000) Die Präsidentin des *International Roma Women's Network* (IRWN) wiederum verurteilte den "Miss Roma International"-Schönheitswettbewerb, weil "es unseren Mädchen nicht erlaubt ist, sich als Sexobjekte auszustellen". Ihre Argumentation lautete nicht dahingehend, dass derartige Wettbewerbe z.B. generell degradierend seien oder Frauen objektifizieren, sondern dass sie nicht mit den Traditionen der Roma vereinbar seien. Den Organisatoren wirft sie dementsprechend vor, "keine echten" Roma zu sein, und bietet ihnen gleichzeitig an, gerne persönlich darüber aufzuklären "welches Verhalten innerhalb der Roma-Community akzeptabel ist". (Izsák 2008, S. 9)

diese überhaupt erst hervor¹⁵. Obwohl manche Praktiken, wie das sehr junge Heiratsalter von Frauen, in Europa aktuell (fast) nur mehr bei Roma auftreten, so sind sie dennoch nicht unabhängig vom lokalen Kontext, der Mehrheitsbevölkerung und deren Geschichte zu denken (und keineswegs als über die Jahrhunderte tradiertes "Importgut" der Roma zu betrachten). Die unglaubliche kulturelle Diversität der Roma-Gruppen in Europa ist beredter Zeuge der komplexen Wechselwirkungen, die hier stattgefunden haben.

Die Frage, wie mit den besonderen Bedürfnissen oder Umständen der von Frauenhandel betroffenen Roma im Beratungskontext konkret umgegangen werden kann, bleibt von großem Interesse und praktischer Relevanz. Beispielhaft kann die häufig fehlende oder nur sehr geringe Unrechtswahrnehmung der Frauen in Bezug auf die ihnen gegenüber verübten Straftaten genannt werden¹⁶, die die Beratungsstellen immer wieder vor schwierige Situationen stellt. Die Frauen davon zu überzeugen, sie seien "Opfer"¹⁷, wenn sie sich selbst gar nicht als solche empfinden, kann jedenfalls nicht im Interesse der Beratungsstellen liegen: diese verstehen ihre Klientinnen als aktiv handelnde und kompetente Akteure, deren Situation und Status nicht bloß auf das Ereignis der (Straf-)Tat zu reduzieren sind, und deren Selbstbestimmung und Autonomie gefördert werden sollen. Dennoch waren sie von Handlungen betroffen, die in Deutschland strafbar sind und über deren Verwerflichkeit und Unrecht breiter Konsens besteht – ein Verständnis, das ja auch die MitarbeiterInnen der Beratungsstellen teilen. Die Gründe für diese fehlende Unrechtswahrnehmung wären ebenso ein wichtiges Thema weiterer Untersuchungen, wie auch die Frage danach, wie die Fachberatungsstellen mit dem daraus für sie entstehenden Spannungsfeld umgehen.

¹⁵ Valeriu Nicolae beschreibt etwa, wie der Brauch der frühen Heirat in Rumänien entstand: Während der 500 Jahre, in denen Roma in Rumänien versklavt waren, kam es regelmäßig zu Vergewaltigungen von Roma-Mädchen durch ihre "Besitzer" und deren Söhne. Die betroffenen Mädchen und die daraus resultierenden Kinder "gemischter" Abstammung wurden in Folge sowohl von den Roma- als auch den Nicht-Roma-Gemeinden abgelehnt. Die Roma reagierten darauf, indem sie begannen, ihre Töchter sehr jung zu verheiraten, um sie durch den Verlust der Jungfräulichkeit uninteressant für potenzielle Vergewaltiger zu machen. Derselbe Lösungsansatz war auch in armen Nicht-Roma-Dörfern üblich, wo die jungen Mädchen ebenfalls oft zum Ziel der Landbesitzer wurden. (Nicolae 2003)

¹⁶ Über mögliche Gründe dafür kann aktuell nur spekuliert werden. Möglicherweise spielt die Gemeinschaft als Bezugspunkt bzw. Setzerin von Recht eine derart große Rolle, dass eine von der Gemeinschaft unproblematisierte Situation der Ausbeutung von den Betroffenen auch gar nicht als Unrecht wahrgenommen wird. Denkbar wären auch Relativierungen in dem Sinne, dass die persönliche Situation zuvor derart schlecht war, dass die Lebensumstände in Deutschland (selbst mit einem von Zwang und Unfairness geprägten Tätigkeitsverhältnis) zumindest noch als Verbesserung empfunden werden.

¹⁷ Zum Bedeutungsgehalt dieses Begriffes siehe die Ausführungen auf Seite 5.

6. Literatur

- Amnesty International, Schweizer Sektion (2011): "Frauenhandeln - Zeuginnen sind gefährdet". Interview mit Dora Winkler. In: *AMNESTY - Magazin der Menschenrechte* (Nr. 65, Februar 2011). Online verfügbar unter <http://www.amnesty.ch/de/aktuell/magazin/2011-1/frauenhandeln-zeuginnen-sind-gefaehrdet>, zuletzt geprüft am 15.03.2012.
- Antiziganismus Watchblog (2012): „Warum? Was? Wer?“. Online verfügbar unter <http://antizig.blogspot.de/warum-was-wer/>, zuletzt geprüft am 22.03.2012.
- Bițu, Nicoleta (2000): *Women's Rights. Nicoleta Bițu responds*. In: *Roma Rights* (Nummer 1, 2000). Online verfügbar unter <http://www.errc.org/cikk.php?cikk=626>, zuletzt geprüft am 08.03.2012.
- BKA 2010: *Bundeslagebild Menschenhandel 2010*. Wiesbaden.
- Cahn, Claude; Guild, Elspeth 2008: *Recent Migration of Roma in Europe*. Hg. v. OSCE/CoE.
- Cockburn, Andrew (2003): *21st-Century Slaves*. In: *National Geographic* (September 2003). Online verfügbar unter <http://ngm.nationalgeographic.com/ngm/0309/feature1/>, zuletzt geprüft am 06.03.2012.
- Der Spiegel (2011): *Meine Tochter wird verkauft*. Ausgabe 44/2011. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-81302975.html>, zuletzt geprüft am 10.03.2012.
- ERRC (2011a): *Breaking the Silence. Trafficking in Romani Communities. A Report by the European Roma Rights Centre and People in Need*. Budapest: ERRC.
- ERRC (2011b): *ERRC Submission to the Joint CEDAW-CRC General Recommendation/Comment on Harmful Practices: Child Marriages among Roma*. Online verfügbar unter <http://www.errc.org/cms/upload/file/cedaw-crc-child-marriages-submission-9-sept-2011.pdf>, zuletzt geprüft am 28.03.2010
- ERRC (2009): *Hungary provides compensation to coercively sterilised Romani Woman*. Budapest. Online verfügbar unter <http://www.errc.org/article/hungary-provides-compensation-to-coercively-sterilised-romani-woman/3011>, zuletzt geprüft am 03.08.2012.
- ERRC (2007): *Written Comments of the European Roma Rights Centre Concerning Hungary. For Consideration by the United Nations Committee on the Elimination of Discrimination against Women at its 39th Session. July 23 - August 10, 2007*. Online verfügbar unter <http://www.errc.org/cms/upload/media/03/7A/m0000037A.pdf>, zuletzt geprüft am 21.03.2012.
- ERRC (2005): *Stigmata: Segregated Schooling of Roma in Central and Eastern Europe*. Online verfügbar unter <http://www.errc.org/cms/upload/media/00/04/m00000004.pdf>, zuletzt geprüft am 23.02.2012.
- ERRC (2004): *Personal Documents and Threats to the Exercise of Fundamental Rights among Roma in the former Yugoslavia*. Online verfügbar unter <http://www.errc.org/article/personal-documents-and-threats-to-the-exercise-of-fundamental-rights-among-roma-in-the-former-yugoslavia/1685>, zuletzt geprüft am 29.02.2012.
- Helfferich, Cornelia et al. (2010): *Determinanten der Aussagebereitschaft von Opfern des Menschenhandels zum Zweck sexueller Ausbeutung. Eine qualitative Opferbefragung*. Bd. 41 aus der Reihe "Polizei + Forschung". Köln: Luchterhand.
- Hughes, Donna M. (2005): *Supplying Women for the Sex Industry: Trafficking from the Russian Federation*. In: Štulhofer, Aleksandar und Sandfort, Theo (Hg.): *Sexuality and gender in postcommunist Eastern Europe and Russia*. New York: Haworth Press, S. 209–226.
- Husova, Maria (2011): *Public officer unleashes war against Roma in the Czech Republic in a bid to gain popularity*. Roma Transitions. Online verfügbar unter <http://www.romatransitions.org/node/204>, zuletzt geprüft am 21.03.2012.
- Ivanov, Ivan (2000): *Women's Rights. Ivan Ivanov responds*. In: *Roma Rights* (Nummer 1, 2000). Online verfügbar unter <http://www.errc.org/cikk.php?cikk=626>, zuletzt geprüft am 08.03.2012.
- Izsák, Rita (2008): *The European Romani Women's Movement - International Roma Women's Network. A Building Feminist Movements and Organisations (BFEMO) Case Study*. Hg. v. Association For Women's Rights in Development. Online verfügbar unter

http://www.awid.org/content/download/44904/482524/file/Case%20study%20of%20European%20Romani_Oct%2029.pdf, zuletzt geprüft am 21.03.2012.

- Jones, Alex (1998): *Migration, ethnicity and conflict: Oxfam's experience of working with Romani communities in Tuzla, Bosnia-Herzegovina*. In: Sweetman, Caroline (Hg.): *Gender and migration*. Oxford: Oxfam.
- Masic, Dinka (1996): *Report on the situation of Roma people in Tuzla municipality*. Oxfam unpublished document.
- NetzwerkB (2011): *Was kritisieren wir am Begriff "Opfer" bzw. am Umgang damit? netzwerkB-Positionspapier*. Stand: 11. Januar 2011, zuletzt geprüft am 15.03.2012.
- Nicolae, Valeriu (2003): *A Problem Brewing: Media Coverage of Roma in Romania*. Online verfügbar unter <http://media-diversity.org/en/additional-files/documents/Z%20Current%20MDI%20Resources/A%20Problem%20Brewing%20-%20Media%20Coverage%20of%20Roma%20in%20Romania.doc>, zuletzt geprüft am 24.03.2012.
- Oprea, Alexandra (2005): *Child Marriage a Cultural Problem, Educational Access a Race Issue? Deconstructing Uni-Dimensional Understanding of Romani Oppression*. Online verfügbar unter <http://www.errc.org/article/child-marriage-a-cultural-problem-educational-access-a-race-issue-deconstructing-uni-dimensional-understanding-of-romani-oppression/2295>, zuletzt geprüft am 21.03.2012.
- OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (2002): *Roma to combat human trafficking among their own ranks*. Warschau, 19.09.2002. Online verfügbar unter <http://www.osce.org/odihr/54670>, zuletzt geprüft am 10.03.2012.
- PACO (2002): *Trafficking in human beings and corruption (report on the regional seminar)*. Hg. v. Program against corruption and organised crime in South Eastern Europa, Economic Crime Division. Portoroz, Slovenia.
- Refugee Women's Resource Project (2002): *Romani Women from Central and Eastern Europe: A 'Fourth World', or Experience of Multiple Discrimination*. Asylum Aid. London.
- Reimann, Anna; Trenkamp, Oliver (2011): *Aufstieg ins Elend. Roma-Kinder in Berlin*. In: *Der Spiegel*, 08.06.2011. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/0,1518,767147-2,00.html>, zuletzt geprüft am 10.03.2012.
- Ringold, Dena et al. (2005): *Roma in an Expanding Europe. Breaking the Poverty Cycle*. Washington, D.C: World Bank.
- Samhaber, Silvia (2010): *Frauenhandel und Sexuelle Ausbeutungsverhältnisse. Eine Darstellung und Einordnung unter besonderer Berücksichtigung von Theorien zu Moderner Sklaverei und Migration am Beispiel von Wien 2008*. Diplomarbeit. Universität Wien, Wien. Institut für Kultur- und Sozialanthropologie.
- Schimmel, Bianca; Pech, Birgit (2004): *Corruption and Gender. Approaches and Recommendations for Technical Assistance. Focal Theme: Corruption and Trafficking in Women*. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn.
- Women's Caucus (2000): *Statement of the Women's Caucus to the meeting of NGOs from Eastern and Central Europe*. In Vorbereitung der 'World Conference Against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance' in Südafrika 2001. Warschau.
- Süddeutsche Zeitung (2010): *Abflug ins Ungewisse. Frankreich startet Roma-Abschiebung*. In: Süddeutsche Zeitung vom 19.08.2010. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/frankreich-startet-roma-abschiebung-reise-ins-ungewisse-1.990234>, zuletzt geprüft am 22.03.2012.
- Sztojka, Katalin (2000): *Women's Rights. Katalin Sztojka responds*. In: *Roma Rights* (Nummer 1, 2000). Online verfügbar unter <http://www.errc.org/cikk.php?cikk=626>, zuletzt geprüft am 21.03.2012.
- Uken, Marlies (2004): *Apartheid in der EU. Interview mit Karl-Markus Gauß*. In: *Greenpeace Magazin*, Ausgabe 3.04. Online verfügbar unter <http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=3194>, zuletzt geprüft am 25.03.2012.

- United Nations Development Programme (2005): *Faces of Poverty, Faces of Hope. Vulnerability Profiles for 'Decade of Roma Inclusion' countries*. Bratislava. Online verfügbar unter <http://vulnerability.undp.sk/>, zuletzt geprüft am 23.02.2012.
- UNODC (2011): *Issue Paper: The Role of Corruption in Trafficking in Persons*. Wien. Online verfügbar unter [http://www.unodc.org/documents/human-trafficking/2011/Issue Paper - The Role of Corruption in Trafficking in Persons.pdf](http://www.unodc.org/documents/human-trafficking/2011/Issue_Paper_-_The_Role_of_Corruption_in_Trafficking_in_Persons.pdf), zuletzt geprüft am 23.02.2012.
- Verseck, Keno (2011): *Osteuropas vergessener Bürgerkrieg*, in Spiegel Online, 28.09.2011. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,788774,00.html>, zuletzt geprüft am 10.03.2012.
- Xhemajli, Sabina (2000): *Women's Rights. Everything we don't want to hear*. In: *Roma Rights* (Nummer 1, 2000). Online verfügbar unter <http://www.errc.org/cikk.php?cikk=626>, zuletzt geprüft am 08.03.2012.
- Zhang, Sheldon; Pineda, Samuel L. (2008): *Corruption as a Causal Factor in Human Trafficking*. In: Frank Bovenkerk, Hans Nelen und Dina Siegel (Hg.): *Organized Crime: Culture, Markets and Policies*. New York, NY: Springer Science + Business Media, LLC.